

# Gemeinsame Pressemitteilung vom 22.07.2016



## **VERSORGUNG HEUTE UND MORGEN AKTIV MITGESTALTEN: GESUNDHEITSPOLITISCHE POSITIONEN DER KRANKENKASSEN IN RHEINLAND-PFALZ**

Wie wollen sich die gesetzlichen Krankenkassen in der aktuellen Legislaturperiode aktiv in die Gestaltung und Weiterentwicklung nachhaltiger und bezahlbarer Versorgungsstrukturen in Rheinland-Pfalz einbringen? Wie können alle im Gesundheitswesen Beteiligten den Herausforderungen der Zukunft gemeinsam begegnen? Und welche Erwartungen und Anforderungen bestehen für einen zielorientierten Dialog mit Politik und Leistungserbringern?

Antworten auf diese Fragen haben die Krankenkassen und ihre Verbände in Rheinland-Pfalz in einem gemeinsamen gesundheitspolitischen Positionspapier zusammengefasst. Darin fordert sie für die kommenden fünf Jahre:

### **1. Ambulante ärztliche Versorgung als Basis der medizinischen Versorgung stärken**

Die Vermeidung von Versorgungslücken im ambulanten ärztlichen Bereich, muss höchste Priorität haben. Maßnahmen müssen zielgerichtet ergriffen werden, um angesichts der Altersstruktur insbesondere den Beruf des Hausarztes zu stärken und attraktiver zu gestalten sowie die Facharztversorgung nachhaltig zu sichern. Dabei ist die Förderung regionaler Dialoge notwendig, um gemeinsam passgenaue Lösungen für eine wohnortnahe Versorgung zu entwickeln. Denn Gesundheitsversorgung ist mehr denn je Daseinssicherung und Standortfaktor in allen Regionen und geht alle an der ambulanten Versorgung Beteiligten etwas an.

### **2. Stationäre Versorgung bedarfsgerecht und qualitätsorientiert weiterentwickeln**

Das Land muss seiner Finanzierungsverantwortung für die stationäre Versorgung nun endlich im vollen Umfang gerecht werden und die jährliche Förderlücke an Investitionen von über 100 Millionen Euro nachhaltig abbauen.

Die Qualität in der Krankenhausversorgung muss darüber hinaus weiter gesteigert werden. Durch erhöhte Arbeitsteilung der Krankenhäuser müssen die wohnortnahe Versorgung einerseits sowie Spezial- und Maximalversorgung andererseits vorangetrieben werden, um eine umfassende, qualitätsgesicherte und bezahlbare Versorgung nachhaltig zu sichern. Eine bessere Vernetzung der ambulanten und der stationären Versorgung stärkt ein patientenorientiertes Angebot und sichert die ländliche Versorgung. Das bestätigt auch das von den Krankenkassen und deren Verbänden in Rheinland-Pfalz kürzlich in Auftrag gegebene Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsförderung (RWI) und des Institute for Health Care Business GmbH (hbc).

### **3. Prävention und Gesundheitsförderung Hand in Hand gestalten**

Die Krankenkassen werden ihre vielfältigen Erfahrungen aus der Präventionsarbeit zum Beispiel in Kindergärten, Schulen und Unternehmen in den gesellschaftlichen Prozess mit einbringen und gesundheitsfördernde und präventive Maßnahmen auf Basis des „Leitfaden Prävention“ des GKV-Spitzenverbandes unterstützen. Dabei werden sie eng mit anderen Sozialversicherungsträgern zusammenarbeiten. Träger von Einrichtungen in Lebenswelten können hierzu auf Basis der Landesrahmenvereinbarung Prävention Kooperationsvereinbarungen mit den Krankenkassen und den weiteren Sozialversicherungsträgern abschließen.

### **4. Gute pflegerische Versorgung in einer alternden Gesellschaft sichern**

Die Kranken- und Pflegekassen setzen sich für eine qualitativ gute pflegerische Versorgung in Rheinland-Pfalz sowohl im häuslichen Umfeld wie auch in Pflegeeinrichtungen ein. Mit 135 Pflegestützpunkten verfügt Rheinland-Pfalz über ein breites und solides Fundament in der Pflegeversorgung und ist im Bundesvergleich mit Pflegepersonal gut ausgestattet. Eine mögliche Anpassung dieser Strukturen bedarf des Einvernehmens aller Beteiligten im Hinblick auf Ziele, Arbeitsteilung und Finanzierung. In Bezug auf Heime und stationäre Einrichtungen wird der Bundesgesetzgeber aufgefordert, die 2009 eingeführten Pflegenoten umgehend zu überarbeiten. Für die betroffenen Bürger müssen schnellst möglich verständliche Transparenzkriterien in der Pflege geschaffen werden, die es den Menschen ermöglichen, die Qualität von Leistungsangeboten zu bewerten. Die Entbürokratisierung in der Pflege ist in großen Teilen des Bundesgebietes schon sehr weit entwickelt worden. Angesichts der bereits angekündigten Neuordnung aller Pflegeberufe sehen wir die dauerhafte und aktive Begleitung als gesellschaftspolitische Grundpflicht aller an der Pflegeversorgung Beteiligten an.

Zu ausführlichen gesundheitspolitischen Positionen **s. Anlage.**

**Die gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen vertreten rund 90 Prozent der Menschen in Rheinland-Pfalz, wenn es um deren Betreuung im Krankheits- und Pflegefall sowie um die Gesundheit und deren Förderung geht. Unser zentrales Anliegen ist es, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz auch zukünftig qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Leistungen unabhängig von Alter, Wohnort und sozialer Herkunft zu bezahlbaren Preisen in Anspruch nehmen können.**

Folgende Ansprechpartner für die Presse:

**AOK Rheinland-Pfalz/Saarland – Die Gesundheitskasse**

Jan Rößler  
Direktion  
Virchowstraße 30  
67304 Eisenberg  
Telefon 06351 403-419  
Telefax 06351 403-701  
E-Mail: [jan.roessler@rps.aok.de](mailto:jan.roessler@rps.aok.de)

**vdek-Landesvertretung Rheinland-Pfalz**

Dr. Tanja Börner  
Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)  
Landesvertretung Rheinland-Pfalz  
Wilhelm-Theodor-Römheld-Str. 22  
55130 Mainz  
Tel.: 0 61 31 / 9 82 55 - 15  
Fax: 0 61 31 / 83 20 15  
E-Mail: [tanja.boerner@vdek.com](mailto:tanja.boerner@vdek.com)

**IKK Südwest**

Martin Reinicke  
Referatsleiter Unternehmenskommunikation / Pressesprecher  
Tel.: 06 81/9 36 96-3031  
Fax: 06 81/9 36 96-3015  
E-Mail: [martin.reinicke@ikk-sw.de](mailto:martin.reinicke@ikk-sw.de)  
Berliner Promenade 1  
66111 Saarbrücken

**BKK Landesverband Mitte**

Angelika Christ  
Geschäftsbereich Versorgung und Politik  
[angelika.christ@bkkmitte.de](mailto:angelika.christ@bkkmitte.de)  
Essenheimer Straße 126,  
55128 Mainz  
Telefon (06131) 33 05 - 22  
Telefax (06131) 33 05 - 72